

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig.
Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

September 2013



Politiker, nicht Kümmerer

Bundestagswahlkampf 2013: Politiker in Talkshows, Politiker in Wahlwerbesspots, Politiker auf Plakaten. Nicht selten erfährt man dort: „Wir kümmern uns.“ Politiker geben sich als die Kümmerer für die großen und kleinen Sorgen der Menschen, in diesem Wahlkampf besonders häufig. Die Abkehr von der Sozialen Marktwirtschaft scheint damit vollzogen zu sein: Nicht Freiheit und Verantwortung sind Leitmotiv der Politik, sondern der umsorgende Wohlfahrtsstaat.

Die Abwendung von den freiheitlichen Grundsätzen Ludwig Erhards ist allerdings nicht neu. Bereits 1974 ging Erhard mit der Politik seiner Nachfolger hart ins Gericht: „Was sind das für Reformen, die uns Wände voll neuer Gesetze, Novellen und Durchführungsverordnungen bringen? Liberale Reformen sind es jedenfalls nicht. Es sind Reformen, die in immer ausgeklügelterer Form Bürger in neue Abhängigkeiten von staatlichen Organen bringen, wenn nicht sogar zwingen.“

Die Abwendung von den freiheitlichen Grundsätzen Ludwig Erhards ist allerdings nicht neu. Bereits 1974 ging Erhard mit der Politik seiner Nachfolger hart ins Gericht: „Was sind das für Reformen, die uns Wände voll neuer Gesetze, Novellen und Durchführungsverordnungen bringen? Liberale Reformen sind es jedenfalls nicht. Es sind Reformen, die in immer ausgeklügelterer Form Bürger in neue Abhängigkeiten von staatlichen Organen bringen, wenn nicht sogar zwingen.“

Auch wenn dieser Prozess nicht neu ist, erstaunt der mittlerweile erreichte Grad der Detailgenauigkeit, mit der einzelne Bereiche des Lebens reguliert oder gar organisiert werden. Statt den Ordnungsrahmen entsprechend auszugestalten, sollen demokratisch legitimierte Ziele beispielsweise in der Energie- oder Umweltpolitik durch Zwang und/oder finanzielle Belohnung bzw. Bestrafung erreicht werden. Dazu ist es wiederum notwendig, die damit verbundenen Rechtsbegriffe detailliert zu klären und in umfassenden Positivlisten – erlaubt- und Negativlisten – verboten – zu ordnen. Eine eher unlösbare Aufgabe.

Zudem hat eine derartige Ordnung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens nichts mehr gemein mit der freiheitlichen Ordnungspolitik der Sozialen Marktwirtschaft. Ludwig Erhard sah deren Anspruch deutlich anders: „Das mir vorschwebende Ideal beruht auf der Stärke, dass der Einzelne sagen kann: ‚Ich will mich aus eigener Kraft bewähren, ich will das Risiko des Lebens selbst tragen, will für mein Schicksal selbst verantwortlich sein. Sorge du, Staat, dafür, dass ich dazu in der Lage bin.‘“

Lars Vogel

Weniger Müll aus Ministerien?

Das erste bundesweite Abfallvermeidungsprogramm enthält Empfehlungen zur Abfallvermeidung der öffentlichen Hand. Dazu hat das Bundeskabinett Ende Juli ein Maßnahmenpaket zum Schutz der Umwelt vor negativen Auswirkungen der Abfallerzeugung beschlossen. Die Bundesregierung werde auf Basis des Abfallvermeidungsprogramms einen längeren und umfassenden Dialogprozess mit Ländern, Kommunen und anderen zur Förderung der Abfallvermeidung starten, teilte das Bundesumweltministerium mit. Neben dem „Abfallvermeidungspotential“ und den ökologischen Auswirkungen nehme das Programm ökonomische, soziale sowie rechtliche Kriterien in den Blick, erklärte Peter Altmaier, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Mit dem Abfallvermeidungsprogramm erfüllt die Bundesregierung eine Vorgabe der europäischen Abfallrahmenrichtlinie, nach der alle EU-Mitgliedstaaten verpflichtet sind, bis Dezember 2013 nationale Abfallvermeidungsprogramme aufzustellen. Konkret Umsetzbares erschließt sich aus dem Programm noch nicht. Es ist zum Beispiel von „Förderung von Strukturen“ – wo und welche bleibt ungenannt –, und ähnliches zu lesen. Außerdem werde geprüft,

„ob und inwieweit neue Handlungsfelder erschlossen und bestehende erweitert werden können“ – na dann wird ja alles gut!

<http://goo.gl/fc00V7>

Müll-Wachstum

Das Statistische Bundesamt hat im Juli mitgeteilt, dass in Deutschland im Jahr 2011 rund 387 Millionen Tonnen Abfall aller Art angefallen sind; die Abfallmenge ist damit gegenüber dem Vorjahr um knapp vier Prozent gestiegen.

Mehr als die Hälfte der Menge – rund 52 Prozent – waren wie in den Vorjahren Bau- und Abbruchabfälle. Die „übrigen Abfälle“ (insbesondere aus Produktion und Gewerbe) waren mit 15 Prozent der zweitgrößte Posten, gefolgt von den Siedlungsabfällen mit 13 Prozent. Sekundärabfälle, die schon einmal in einer Anlage behandelt wurden (zum Beispiel Aschen und Schlacken aus der Müllverbrennung), machten rund elf Prozent des Abfallstroms aus; der Rest entfiel auf Abfälle aus der Gewinnung und Behandlung von Bodenschätzen. Laut Pressemitteilung wurden rund 300 Millionen Tonnen aller Abfälle einer Verwertung zugeführt.

Knapp 20 Millionen Tonnen Abfälle wurden 2011 in Feuerungsanlagen „thermisch verwertet“, also verbrannt. Das waren 13 Prozent mehr als 2010. Die Menge der in Feuerungsanlagen verbrannten

Abfälle hat sich damit innerhalb von zehn Jahren mehr als vervierfacht.

<http://goo.gl/lkKyvy>

Kriegslasten

Die Auslandseinsätze der Bundeswehr in den letzten zwei Jahrzehnten haben inzwischen mehr als 17 Milliarden Euro zusätzlich gekostet. Allein der 2002 begonnene Afghanistan-Einsatz hat bisher rund 7,6 Milliarden Euro „einsatzbedingte Zusatzausgaben“ verschlungen. Das lässt sich einer Antwort der Bundesregierung von Anfang August (BT-Drucksache 17/14491) entnehmen. Die Summe setzt sich aus Sach- und Materialkosten sowie den Auslandszuschlägen zusammen.

Zurzeit sind rund 6 200 Soldaten der Bundeswehr im Auslandseinsatz, darunter etwa 4 300 in Afghanistan und rund 700 im Kosovo.

In der Antwort sind nicht nur die Kosten für bewaffnete Einsätze, sondern auch für humanitäre Hilfsleistungen enthalten. Für die Tsunami-Katastrophenhilfe durch die Bundeswehr im Jahr 2005 wurden beispielsweise rund 13,7 Millionen Euro aufgewendet.

Sind 17,1 Milliarden Euro nun viel oder wenig? Die Ausgaben fallen immerhin in einem Zeitraum von 22 Jahren an. Allerdings: Es sind eben zusätzliche Ausgaben; die Soldaten und ihre Grundausrüstung (Geräte, Waffen, Munition) werden aus dem regulären Verteidigungsetat beglichen, der jedes Jahr anfällt; der Bundeswehrhaushalt 2013 umfasst rund 32 Milliarden Euro.

<http://goo.gl/DEjQum>

Müll: Trennen, vermeiden, vergessen?

Im 22. Jahr des Dualen Systems Deutschland – vielen wohl vertrauter mit den Begriffen „Grüner Punkt“ oder „Gelber Sack“ – steht eine Gesetzesänderung an: Das Bundesumweltministerium bereitet die 6. Novelle der Verpackungsverordnung vor und kommt damit europäischen Vorgaben nach. Die EU-Kommission hatte ihre Richtlinie im Februar 2013 veröffentlicht; die Mitgliedstaaten müssen diese bis 30. September 2013 in nationales Recht überführen.

Der Blick in die EU-Richtlinie 2013/2/EU oder in den Verordnungsentwurf des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überrascht: Schwerpunkt ist die Definition dessen, was Verpackung ist und was nicht.

Gut zwei Jahrzehnte gelber Sack, und der Gesetzgeber muss dem Bundesumweltministerium zufolge „Kriterien für die Begriffsbestimmung für Verpackungen um zusätzliche Beispiele ergänzen“. Denn: Verpackung ist gemäß Verpackungsverordnung (VVO) nicht gleich Verpackung, zumindest wenn man der Politik folgt. Beispielsweise werden die Bürger erst mit der 6. Novelle der VVO wissen, dass „Rollen, Röhren und Zylinder, um die flexibles Material aufgespult ist (z. B. Kunststoffolie, Aluminium, Toilettenpapier) laut EU-Richtlinie Verpackungen“ sind. „Davon ausgenommen sind Rollen, Röhren und Zylinder, die Teile einer Produktionsanlage sind und nicht zur Aufmachung eines Produkts als Verkaufseinheit verwendet werden.“ Die Richtlinie und die geplante Novelle der VVO listen zahlreiche weitere Definitionen auf.

Dass schließlich jede Verpackung der „richtigen“ Entsorgung zugeführt wird, ist unter anderem die Aufgabe der

„Dualen System Deutschland GmbH“.

Duales System Deutschland

Dual deshalb, weil seit Anfang der 1990er Jahre nicht mehr allein die Gemeinden, sondern auch der Handel für die Beseitigung von Müll zuständig sein sollte. Der Entsorger wurde 1991 – damals als Non-Profit-Unternehmen – gegründet und sollte helfen, das deutsche Müllproblem zu lösen. Deutschlands Müllhalden drohten überzuquellen, Deponieplätze wurden knapp. In den Jahren zuvor war vor allem immer mehr Verpackungsmüll angefallen. Daher beschloss die damalige Bundesregierung, dort anzusetzen: Diejenigen, die die Verpackungen in den Handel brachten, sollten weniger Verpackungen herstellen. Das Verursacherprinzip stand Pate. Für die Entsorgung der Verpackungen sollte eine Gebühr entrichtet werden, und zwar über ein Lizenzsystem. Der Grüne Punkt war geboren.

Unternehmen, die verpackte Waren in den Handel bringen wollten, zahlten an das DSD einen bestimmten Betrag, der sich nach Menge und Art der verwendeten Verpackungen richtete. Das DSD übernahm das Einsammeln und Wiederverwerten des Verpa-

ckungsmülls. Dazu beauftragte es private Abfallunternehmen, die lizenzierten Verpackungen mit dem Grünen Punkt einzusammeln, zu sortieren und zu verwerten. Das DSD besaß keine Müllwagen oder Recyclinganlagen, sondern organisierte als Dienstleister nur das System und die Finanzierung. Dies alles wurde aus den Lizenzeinnahmen finanziert. Zum Zeichen, dass ein Unternehmen am System teilnahm, durfte es den Grünen Punkt auf seine Verpackungen drucken. Die VVO regelte zudem, wie viel eingesammelte Plastikverpackungen, Einwegflaschen und Papier wiederverwertet werden sollten.

Weniger Verpackungsabfälle?

Neben der inzwischen privatwirtschaftlichen DSD GmbH – sie hat noch einen Marktanteil von rund 50 Prozent – sind inzwischen acht weitere „Entsorger“ nach gleichem Modell tätig. Sie alle sollen für eine ressourcenschonende Kreislaufwirtschaft sorgen und helfen, Verpackungsmaterialien zu reduzieren und, wie es in der VVO weiter heißt, Verpackungsabfälle zu verwerten.

Das Verpackungsaufkommen liegt seit zehn Jahren in der Größenordnung zwischen 15 und 16 Millionen Tonnen



„Wenn man den Bürgern ein Modell nur erklärt, ziehen sie mit.“

Klaus Töpfer, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit von 1987 bis 1994

pro Jahr. Eine deutliche Reduzierung hat vor allem in den ersten Jahren nach Einführung des DSD stattgefunden. Ob die Abfallmenge mit der Mülltrennung gesunken ist, ist eine Frage der Perspektive: In den vergangenen Jahren ist die gesamte Abfallmenge pro Person nahezu konstant geblieben, durchschnittlich wirft jeder Bundesbürger rund 450 Kilogramm jährlich in die diversen Mülltonnen. Gleichzeitig ist die Wirtschaft aber seit 1990 gewachsen. Folglich sind Müllaufkommen und Wirtschaftswachstum nicht mehr, wie früher, gekoppelt; das kann als Erfolg gewertet werden. Außerdem gelangen immer mehr Bestandteile des Abfalls in die Verwertung.

Mehr Verwertung

Vor Einführung des Grünen Punkts wurden nur 13 Prozent der Wertstoffe eingesammelt. 1992 lag diese Quote bereits bei 43 Prozent, zuletzt veröffentlichte Daten für 2009 weisen eine Verwertungsquote von rund 85 Prozent aus. In kürzester Zeit wurden die deutschen Verbraucher zur Mülltrennung erzogen. Bei diesen Quoten bleibt allerdings unbeachtet, dass seit 1998 als Bezugsgröße nicht die gesamte Menge des Abfalls herangezogen wird, sondern nur die Menge der lizenzierten Verpackungen. Unternehmen versuchen aber, möglichst wenig Verpackungen über den Grünen Punkt abzudecken. Sie ziehen inzwischen andere Lösungen – wie die Selbstentsorgung oder Branchenlösungen – vor. Die lizenzierte Menge ist also schon eher gering bemessen.

Ressourcen geschont, aber...

Auf die Menge hat sich auch anderes ausgewirkt: Zeitweise seien Packungen effizienter und leichter geworden, sagt die Gesellschaft für Verpackungsmarktforschung. Bis 2000 seien dadurch 1,4 Millionen Tonnen Kunststoff gespart worden. Insbesondere Plastikmüll landet zudem nach wie vor in Asien, vorsortiert aus gepressten oder zerschredderten Einweg-PET-Flaschen. Dafür lassen sich bei chinesischen Unternehmen bis zu 400 Euro pro Tonne erzielen. Das Plastik wird dann in China eingeschmolzen, zu Polyesterfäden verarbeitet und anschließend zu Fleece-Pullis, Trainingsjacken oder anderen Sportbekleidungen geschneidert. Mindestens die Hälfte der in Supermärkten zurückgegebenen PET-Pfandflaschen landen in Fernost. Im Durchschnitt aller Verpackungsabfälle legt der Inhalt der gelben Säcke rund 300 km zurück, um die Bestimmungen der VVO zu erfüllen. Nicht zuletzt relevant: Als zulässig gilt ausdrücklich auch die Verbrennung von Verpackungsmüll, die „thermische Verwertung“.

Nach geltendem Gesetz ist es zulässig, dass alles in der Müllverbrennung landet, was falsch entsorgt wird. Und falsch entsorgt wird im Volk der Sammler und Trenner erstaunlich viel: Bis zu 50 Prozent beträgt die sogenannte Fehlwurfquote. Die Verpackungsverordnung schreibt zudem vor, dass lediglich 36 Prozent der Plastikabfälle überhaupt im Recycling landen müssen. Obwohl Experten längst fordern, das System für

das Recycling zu verbessern, haben Müllfirmen weder die Pflicht noch den Anreiz, mit zusätzlichem Aufwand die Quote zu erhöhen.

Wer verursacht Verpackungsmüll?

Auch das häufig gelobte Verursacherprinzip überzeugt nur auf den ersten Blick. Fachleute weisen darauf hin, dass die meisten Firmen die Lizenzgebühr auf ihre Kunden abwälzen. Wie viel Prozent der Grüne Punkt vom Kaufpreis ausmacht, fällt nach Meinung mancher Hersteller unter das Geschäftsgeheimnis. Schätzungen zufolge zahlt jeder Bürger – zusätzlich zu den Müllgebühren seiner Gemeinde – 1,90 Euro pro Monat für den Grünen Punkt. Die Duales System Deutschland GmbH schreibt, aktuell koste der Grüne Punkt jeden Bürger rund elf Euro im Jahr.

Ein weiterer Haken: Da ohnehin nicht zu überwachen ist, ob die Produzenten Lizenzen erwerben oder nicht, sind inzwischen angeblich nur noch die Hälfte aller Verpackungen für den Grünen Punkt angemeldet. Die Folge: Nur fünf Kilo der 450 Kilo des Gesamtmülls, also lediglich ein Prozent, werden tatsächlich recycelt. Der Rest wird in der Müllverbrennung „verwertet“.

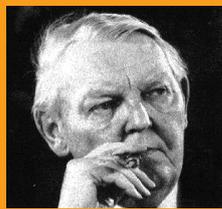
Und jetzt: Die Wertstofftonne?

Die wenigsten stutzen, wenn zwar Plastiktüten in den gelben Sack dürfen, Plastikspielzeug dagegen draußen bleiben muss. Dass Verpackungen und andere Wertstoffe getrennt behandelt werden, ist nicht mehr zeitgemäß, finden Fachleute

der Entsorgungstechnik. Technisch wäre es bereits möglich, von der Aluminiumfolie bis zur Zahnbürste alles zu recyceln. Nur: Neue Anlagen kosten Geld – für den Bau, für Personal, für den Energieaufwand und anderes mehr. Deshalb soll 2015 ein neues Wertstoffgesetz verabschiedet werden. Gelbe Säcke und Tonnen werden dann von sogenannten „Wertstofftonnen“ abgelöst. In die gehört dann nicht nur Verpackungsmüll, sondern auch anderer Plastikabfall. Diese Wertstofftonnen werden vielerorts bereits erprobt. Private und kommunale Müllentsorger streiten derzeit darüber, wer sie leeren darf.

Alles in allem betrachtet zeigt sich, dass gut gemeint häufig das Gegenteil von gut bedeutet. Es ist ein komplexer Verpackungsmüll-Bereich entstanden, in dem zwar viel über „Markt“ gesprochen wird. Für den Verbraucher allerdings fehlt nahezu jegliche Kostenklarheit. Politik und Entsorgungswirtschaft reagieren in gewohnter Manier auf Fehlentwicklungen: Mit neuen Verordnungen und Gesetzen wollen die Politiker vorgehen, zum Beispiel, indem in der EU über eine Pfandpflicht für Plastiktüten nachgedacht wird. Teile der privaten Entsorgungswirtschaft ihrerseits hätten gern ein neues Zertifikat, damit alle zur Abgabe von Lizenzgebühren verpflichtet werden. Haben noch so viele Gesetze, Verordnungen, Kontrollen, Testate, Zertifikate und ähnliches je Besserung gebracht?

Andreas Schirmer



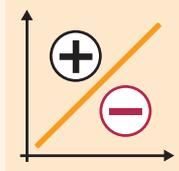
„Hat denn das Eindringen des Staates, der öffentlichen Hand und der sonstigen großen Kollektive in das menschliche Leben, hat die damit verbundene Aufblähung der öffentlichen Haushalte und die wieder dadurch bewirkte immer größere Belastung des einzelnen Staatsbürgers nun wirklich zur Vermehrung seiner Sicherheit, zu Bereicherung seines Lebens und zur Minderung der Lebensangst jedes Einzelnen beigetragen?“

Ludwig Erhard

IM KLARTEXT

September 2013

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im September 2013

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung



Die Arbeitslosenzahlen bleiben ernüchternd: In Deutschland sind offiziell weiterhin knapp drei Millionen Menschen ohne Arbeit. Die Zahl der Arbeitslosen ist im August sogar etwas stärker gestiegen, als von den Experten der Bundesagentur für Arbeit (BA) erwartet. Im Vergleich zum Vorjahr zählte die BA rund 41 000 Arbeitslose mehr.

Der Anstieg hänge damit zusammen, „dass die Arbeitsmarktpolitik weniger entlastet hat“. Zudem beruhe der Anstieg der Arbeitslosenzahl da-

rauf, dass sich Jugendliche nach dem Ende der schulischen oder beruflichen Ausbildung im August vorübergehend arbeitslos meldeten.

Eigenverantwortung



Die R+V Versicherung fragt seit rund 20 Jahren regelmäßig die „Ängste der Deutschen“ ab. Die Überraschung in der aktuellen Studie: Die Angst davor, dass die Politiker mit ihren Aufgaben überfordert sind, ist stark gesunken: Lediglich 45 Prozent der Befragten – zehn Prozent weniger als im Vorjahr – befürchten, dass die Politiker ihre Aufgaben nicht bewältigen.

Seit Beginn der Erhebung ist das der niedrigste Stand, und in Wahljahren lag der Wert im Vergleich zudem immer höher. Dadurch rangiert diese Angst in diesem Jahr nur noch auf Platz 6 der Studie. Der Spitzenwert dieser Sorge wurde 2003 gemessen: Zwei Drittel der Befragten fürchteten damals die Überforderung der Politiker.

Insgesamt scheinen die Deutschen recht gelassen in die kommende Zeit zu blicken.

Überforderte Politiker?

Angst vor Politiker-Überforderung hatten

2003	66 %
2005	64 %
2007	51 %
2009	53 %
2011	53 %
2013	45 %

Anteil der Befragten

Quelle: Bürgel Wirtschaftsinformationen

Bleibt zu hoffen, dass daraus nicht die Haltung resultiert: „Die Politik wird’s schon richten, Eigenverantwortung war gestern.“

Geldwertstabilität



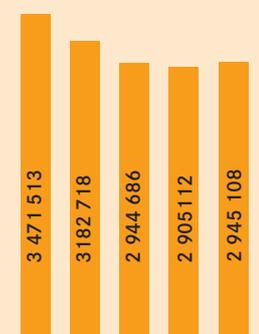
Die Verbraucherpreise in Deutschland steigen etwas langsamer. Sie erhöhten sich im August um 1,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat, wie das Statistische Bundesamt mitteilt.

Die Statistiker erklären die moderate Teuerungsrate vor allem damit, dass Energie binnen Jahresfrist nur geringfügig teurer wurde: Der geringe Anstieg von 0,5 Prozent zum Vorjahr dämpfte die Gesamtteuerung. Ohne Berücksichtigung der Energiepreise hätte

die Inflationsrate im August bei 1,8 Prozent gelegen. Die Europäische Zentralbank sieht bis zu einer Inflationsrate nahe, aber unter zwei Prozent die Preisstabilität gewahrt.

Die Statistiker zeichnen mit ihren Berechnungen zwar ein Gesamtbild, zeigen aber keinesfalls die Belastungen des Einzelnen auf: Die Inflationsrate lässt sich nicht 1:1 auf die eigene Situation übertragen, denn sie bezieht sich auf die durchschnittlichen Konsumausgaben aller privaten Haushalte. Wer zum Beispiel kein Auto hat, wird auch kein Geld für Benzin ausgeben – doch Kraftstoffe gehören zum Warenkorb der Statistik.

Arbeitslose



jeweils August

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Verbraucherpreise

jeweils August, zum Vorjahresmonat

2006	1,7 %
2007	1,9 %
2008	3,1 %
2009	0,0 %
2010	1,0 %
2011	2,4 %
2012	2,2 %
2013	1,5 %

Quelle: Statistisches Bundesamt

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn

Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49

Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: picture alliance/Eventpress (innen)

Druck und Herstellung: Druckerei Engelhardt GmbH, Neunkirchen

erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard